

i 1

**SPD-Fraktion  
im Bezirksrat Bothfeld-Vahrenheide  
der Landeshauptstadt Hannover**

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
im Bezirksrat Bothfeld-Vahrenheide  
der Landeshauptstadt Hannover**

Herrn Bezirksbürgermeister  
Harry Grunenberg  
über Fachbereich Personal und Organisation  
Bereich für Rats- und Stadtbezirksratsangelegenheiten

**Abstimmungsergebnis:**

\_\_\_\_\_ Einstimmig  
11 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen

Trammplatz 2  
30159 Hannover

24. September 2018

Änderungsantrag gem. §§ 12 und 32 der Geschäftsordnung des Rates der LH Hannover

**zur Haushaltssatzung 2019/2020 (DS 1297/2018)  
Betreff: Veloroute 03; Planungskosten und Investitionsmittel**

**Ergebnishaushalt  
Teilhaushalt 66  
Produkt 54101**

**Der Bezirksrat möge beschließen:**

Die Verwaltung wird gebeten, ab dem Haushaltsjahr 2019 die erforderlichen Mittel für eine Planstelle zur Erarbeitung eines stadtweiten Velorouten-Netzes auf Basis des ADFC-Entwurfs in den Haushalt einzustellen.

Zusätzlich sind ab dem Haushaltsjahr 2020 jährlich Investitionsmittel in Höhe von 1.000.000€ für die Umsetzung der Veloroute 03 (Pilotstrecke vom Stadtbezirk Mitte über die List, den Sahlkamp, Bothfeld bis nach Isernhagen-Süd) sowie weiterer Strecken bzw. Streckenabschnitte in den Haushalt einzustellen.

**Begründung:**

Bereits das Leitbild Radverkehr von 2009 sieht „ein attraktives, flächendeckendes Radroutennetz“ vor, dessen Wege sicher und komfortabel sind und bei dem an Knotenpunkten Umwege und Wartezeiten minimiert werden. Der ADFC Hannover hat 2016 einheitliche Standards und erste Routen-Vorschläge für die Schaffung von Velorouten in Hannover erarbeitet.

Im Juni 2017 hat sich der ADFC Hannover mit der Bauverwaltung darauf verständigt, zunächst eine Veloroute als Pilotroute umsetzen zu wollen. Dafür wurde die Veloroute 03 entlang der List zum Sahlkamp und weiter durch Bothfeld und Isernhagen-Süd ausgewählt.

Anlässlich einer gemeinsamen Befahrung von Verwaltung und ADFC im Oktober wurden verschiedene Varianten der Route 03 betrachtet und letztlich eine konkrete Route ausgewählt. Bei der Befahrung wurden konkrete Schwachstellen benannt und Möglichkeiten zu deren Beseitigung erörtert. Zwischenzeitlich hat die Verwaltung die Umsetzungskosten für eine Veloroute auf ca. 1.000.000 beziffert. Die weiteren Detailplanungen erfordern zudem eine Planstelle.

Das Velorouten-Netz trägt entscheidend dazu bei, mehr Einwohner\*innen für die Nutzung des Fahrrads für Alltagsfahrten in Hannover zu gewinnen. Personen, die eine Route ohne wesentliche Hemmnisse angeboten bekommen und darauf gut und sicher geleitet werden, werden sich deutlich häufiger für das Fahrrad als Alltagsverkehrsmittel entscheiden.

Angesichts steigender Einwohner\*innenzahlen und einem wachsenden Mobilitätsbedürfnis trägt die weitere Steigerung des Radverkehrsanteils dazu bei, die Funktionsfähigkeit des gesamten Mobilitätsnetzes in Hannover zu gewährleisten. Das Stadtbahn-System sowie der Autoverkehr haben punktuell bereits ihre Grenzen erreicht.

Eine zügige Realisierung des Velorouten-Netzes wird auch einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität und der Einhaltung der Schadstoffgrenzwerte in Hannover leisten.

Für nähere Informationen siehe <http://hannover.adfc-nds.de/index.php?id=5160>



Claudia Heinrich  
(Fraktionsvorsitzende)

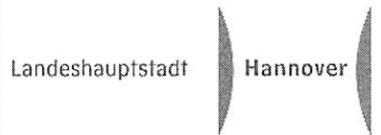


Christopher Steiner  
(Fraktionsvorsitzender)

12

# SPD

## Fraktion im Bezirksrat der



**Bothfeld-Vahrenheide**

Claudia Heinrich  
- Fraktionsvorsitzende -  
Eulenkamp 63  
30657 Hannover  
Tel.: 0511/601283  
claudia.heinrich@spd-bothfeld.de

Herrn  
Bezirksbürgermeister  
Harry Grunenberg  
über  
Fachbereich Zentrale Dienste  
Bereich Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten  
Trammplatz 2  
30159 Hannover

**Abstimmungsergebnis:**  
  X   Einstimmig  
       Ja-Stimmen  
       Nein-Stimmen  
       Enthaltungen

Hannover, 15.08.2018

**Änderungsantrag**  
gem. §§ 12 und 32 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zur  
Drucksache Nr. 1297/2018: Haushaltsplan 2019/2020

**Erstellung eines Radweges: Sutelstraße (Westseite zwischen Döbbekkehof und Podbielskistraße / Noltemeyerbrücke)**

**Ergebnishaushalt**  
Teilhaushalt 66  
Produkt 54101

**Der Bezirksrat möge beschließen:**

Die Verwaltung wird gebeten, erforderliche Mittel für die Erstellung eines Radweges entlang der Sutelstraße (Westseite zwischen Döbbekkehof und Podbielskistraße / Noltemeyerbrücke) in den Haushalt 2019/2020 einzustellen.

**Begründung:**

Der Radweg auf der Westseite der Sutelstraße wird kurz vor der Noltemeyerbrücke (Gehaplatz) durch eine auslaufende Markierung auf die Fahrbahn Sutelstraße geführt (Höhe Döbbekkehof). Radfahrer, die auf der Kreuzung Gehaplatz geradeausfahren wollen, müssen sich dann ohne jede Markierung über die Rechtsabbiegerspur zur linken Fahrspur einordnen. Radfahrer, die rechts abbiegen wollen, müssen zwischen den Autos die Grünfeilampel abwarten, um dann den Radweg an der Podbielskistraße zu nutzen. Der jetzige Zustand gefährdet Radfahrer\_innen und auch Fußgänger\_innen in erheblichen Maße.

  
\_\_\_\_\_  
Claudia Heinrich  
- Fraktionsvorsitzende -

Herrn  
 Bezirksbürgermeister  
 Harry Grunenberg  
 über  
 Fachbereich Zentrale Dienste  
 Bereich Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten  
 Trammplatz 2  
 30159 Hannover

# SPD

## Fraktion im Bezirksrat der

Landeshauptstadt

Hannover

### Bothfeld-Vahrenheide

Claudia Heinrich  
 - Fraktionsvorsitzende -  
 Eulenkamp 63  
 30657 Hannover  
 Tel.: 0511/601283  
 claudia.heinrich@spd-bothfeld.de

#### Abstimmungsergebnis:

_____	Einstimmig
<u>6</u>	Ja-Stimmen
<u>8</u>	Nein-Stimmen
<u>1</u>	Enthaltungen

Hannover, 15.08.2018

**Änderungsantrag**  
 gem. §§ 12 und 32 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zur  
 Drucksache Nr. 1297/2018: Haushaltsplan 2019/2020

### Sanierung des Radwegs Mittellandkanal

**Ergebnishaushalt**  
**Teilhaushalt 66**  
**Produkt 54101**

#### Der Bezirksrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, die erforderlichen Mittel für den Schwarzdeckenausbau des Radwegs auf einer Seite des Mittellandkanals in den Haushalt 2019/2020 einzustellen.

#### Begründung:

In Kooperation der Landeshauptstadt Hannover mit dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt wurde im Rahmen des Ausbaus des Mittellandkanals ein Gestattungsvertrag für die öffentliche Nutzung der Betriebswege als Fuß- und Radweg geschlossen. Die Fuß- und Radwege entlang des Mittellandkanals sind entsprechend dieser Vereinbarung im Rahmen der Verbreiterung dieser wichtigen Wasserstraße im Jahr 1998 in wassergebundener Bauweise, teilweise zusätzlich geschottert, neu angelegt worden. Seit dieser Zeit hat sich die Nutzung der Wege insbesondere durch Radfahrer stark erhöht. Inzwischen ist der Radweg zu einer wichtigen Wegeverbindung für Radfahrer geworden, viele Berufstätige und Schulkinder nutzen diese Wege. Auch seitens der Landeshauptstadt Hannover wurde diese Wegeverbindung in das Radwegenetz eingebunden, gut ausgeschildert und in Flyern beworben.

Die durch die Bauart bedingte starke Staubbildung im Sommer bei Trockenheit sowie Pfützenbildung bei Regenwetter schränkt die Nutzbarkeit jedoch stark ein. Durch die intensive Nutzung in den letzten Jahren verbunden mit einer bedingt nachhaltigen Instandsetzungen des Wasser- und Schifffahrtsamts ist eine Nutzung nur sehr eingeschränkt möglich. Radfahrer weichen bereits auf die Seitenstreifen aus, wie die beigefügten Fotos belegen. Die Deckschicht ist zudem in einigen Bereichen vollständig abgenutzt, größere Steine der darunterliegenden Schotterschicht treten hervor.

Daher wurden in den vergangenen Monaten bereits in mehreren Stadtbezirksräten mit breiter Mehrheit (überwiegend einstimmig) entsprechende Anträge auf Schwarzdeckenausbau beschlossen. Mit Entscheidung 15-0042/2018 lehnt die Verwaltung jedoch den Ausbau mit Hinweis auf fehlende Finanzmittel ab.

Weiterer Ablehnungsgrund der Verwaltung gem. Entscheidung 15-0042/2018 ist die Tatsache, dass das Grundeigentum der betreffenden Flächen nicht bei der Stadt Hannover liegt, sondern sich im Besitz der Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt (Bundesbehörde) befindet. Es gibt jedoch Förderprogramme des Bundes, die darauf basieren, dass die Kommune, in deren Bereich sich die Liegenschaft befindet, einen solchen Ausbau beantragt.

Im Bundeshaushalt 2015, Kapitel 1203, Titel 780 12 ist eine Grundlage für den „Fahrradtauglichen Ausbau von Betriebswegen an Bundeswasserstraßen“ geschaffen worden. Der Haushaltsvermerk sieht folgendes dazu vor:

„Mit der Maßgabe der hälftigen finanziellen Beteiligung sowie der Übernahme der Verkehrssicherungspflicht durch Kommunen und Gemeindeverbände können mit diesen Ausgaben Betriebswege an Bundeswasserstraßen auch für den Radverkehr tauglich ausgebaut werden. Hierzu können auf Antrag einmalig Mittel aus diesem Titel in Höhe von 50% der Kosten für den Radwegeausbau (..) verwendet werden.“

Wie aus dem Fahrradportal des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur zu entnehmen ist, engagiert sich der Bund für eine sichere, bedarfsgerechte und komfortable Radverkehrsinfrastruktur durch den Bau von Radwegen ... und ist für die Ertüchtigung von Betriebswegen an Bundeswasserstraßen für Zwecke des Radverkehrs zuständig.

Die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt hat kein eigenes Interesse für die Aufwertung des Betriebsweges, da dieser für die alleinige Nutzung als Betriebsweg ausreichend ausgebaut ist. Jedoch steht diese Bundesbehörde aufgrund der vom Bund aufgelegten Förderprogramme einem Ausbau auch nicht grundsätzlich negativ entgegen wie bereits Ausbauprogramme an anderen Wasserstraßen belegen.

Die Landeshauptstadt Hannover strebt eine spürbare Erhöhung des Radfahreranteils am Gesamtverkehrsaufkommen an. Dies ist auch aufgrund der aktuellen Luftverunreinigungen durch den motorisierten Individualverkehr zwingend erforderlich. Daher ist es wichtig, das Radwegenetz dem Bedarf entsprechend auszubauen bzw. zu erweitern. Die hier beschriebene Maßnahme ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung, denn die Radwege entlang des Mittellandkanals stellen schon heute eine wichtige Ost-West-Verbindung dar, die es langfristig zu erhalten gilt!



Claudia Heinrich  
- Fraktionsvorsitzende -

Herrn  
Bezirksbürgermeister  
Harry Grunenberg  
über  
Fachbereich Zentrale Dienste  
Bereich Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten  
Trammplatz 2  
30159 Hannover



**Bothfeld-Vahrenheide**

Claudia Heinrich  
- Fraktionsvorsitzende -  
Eulenkamp 63  
30657 Hannover  
Tel.: 0511/601283  
claudia.heinrich@spd-bothfeld.de

Hannover, 15.08.2018

**Abstimmungsergebnis:**  
  X   Einstimmig  
       Ja-Stimmen  
       Nein-Stimmen  
       Enthaltungen

**Änderungsantrag  
gem. §§ 12 und 32 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zur  
Drucksache Nr. 1297/2018: Haushaltsplan 2019/2020**

**Ergebnishaushalt  
Teilhaushalt 66  
Produkt 54101**

**Fuß- und Radwegeausbau der Straße Prüßentrift**

**Der Bezirksrat möge beschließen:**

Die Verwaltung wird gebeten, im Zusammenwirken mit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, einen Fuß- und Radweg auf der stadteinwärts führenden Seite (Westseite) der Straße Prüßentrift zwischen den Straßen Am Flachsgraben und Am Rotdorn zeitnah zu erstellen und die zur Planung erforderlichen Mittel in den Haushalt 2019/2020 einzustellen.

**Begründung:**

Die Straße Prüßentrift ist als L381 eine der wichtigsten Verbindungsstraßen zwischen den nördlichen Regionsbereichen und der Landeshauptstadt Hannover. Durch rege Bautätigkeit in den Ortsteilen Isernhagen NB, HB und KB hat der Verkehr stark zugenommen und wird noch weiter ansteigen.

Auch Isernhagen-Süd weist eine bauliche Verdichtung und den Zuzug junger Familien auf. Diese machen sich Sorgen um den sicheren Schulweg ihrer Kinder. Denn in dem oben beschriebenen nördlichen Teil der Straße gibt es auf der bewohnten Straßenseite keinen Fuß- und Radweg, sondern nur einen Wassergraben. Kinder und andere Personen müssen die Straße ungeschützt queren, um auf den Weg auf der gegenüberliegenden, östlichen Seite zu gelangen. Fußgängerampeln gibt es nur an den Bushaltestellen Am Rotdorn und Kahlendamm, aber nicht in Höhe der Straßen Im Kamp und Am Flachsgraben auch gar nicht für die dazwischen liegenden Grundstückszugänge.

Bereits seit 2001 hat der Stadtbezirkrat Bothfeld-Vahrenheide wiederholt in Anfragen und Anträgen auf die unhaltbare Situation aufmerksam gemacht und wurde immer wieder wegen der schwierigen Zuständigkeiten der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr und der Landeshauptstadt Hannover abgewiesen oder erfolglos vertröstet.

Nach Auskunft der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr kann die Landeshauptstadt Hannover nach eigenem Ermessen (als freiwillige Leistung) einen Fußweg oder einen kombinierten Fuß- und Radweg bauen. Hierfür ständen auch Mittel bis zu 60 % nach dem Niedersächsischen Gemeindefinanzierungsgesetz als Zuschuss zur Verfügung.



---

Claudia Heinrich  
- Fraktionsvorsitzende -

# SPD

## Fraktion im Bezirksrat der

Landeshauptstadt

Hannover

### Bothfeld-Vahrenheide

Claudia Heinrich  
- Fraktionsvorsitzende -  
Eulenkamp 63  
30657 Hannover  
Tel.: 0511/601283  
claudia.heinrich@spd-bothfeld.de

Hannover, 15.08.2018

Herrn  
Bezirksbürgermeister  
Harry Grunenberg  
über  
Fachbereich Zentrale Dienste  
Bereich Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten  
Trammplatz 2  
30159 Hannover

#### Abstimmungsergebnis:

\_\_\_\_\_ Einstimmig  
10 Ja-Stimmen  
4 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen

**Änderungsantrag**  
gem. §§ 12 und 32 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zur  
Drucksache Nr. 1297/2018: Haushaltsplan 2019/2020

### Grunderneuerung Hebbelstraße

Ergebnishaushalt  
Teilhaushalt 66  
Produkt 54101

#### Der Bezirksrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, erforderliche Mittel für eine Grund- und Querschnittserneuerung der Hebbelstraße in den Haushalt 2019/2020 einzustellen.

#### Begründung:

Der Bezirksrat Bothfeld-Vahrenheide hat seit längerer Zeit die Grund- und Querschnittserneuerung der Hebbelstraße, von der Straße Sahlkamp bis zur Mittellandkanal-Brücke, gefordert. Nach Gesprächen mit der Verwaltung kommt die Hebbelstraße für das Sonderprogramm „Grunderneuerung im Bestand“ nicht in Betracht, weil bei dieser Straße eine Planung mit einer Veränderung des Querschnitts erforderlich ist. Der Ausbau der Straße soll deshalb aus dem Normalprogramm erfolgen.

Die Querschnittsveränderung ist erforderlich, weil in dem vorgenannten Bereich ein Zweirichtungsverkehr mit einem provisorisch unbefestigten Rad- und Fußweg vorliegt. Wenn z.B. Kraftfahrzeuge aus der List kommend an der Lichtzeichenanlage vor der Straße Sahlkamp bei „Rot“ halten müssen und sich ein Rückstau entwickelt, was durch den starken Verkehr sehr oft der Fall ist, stehen in der Regel die großen Fahrzeuge dicht zur Sahlkamphalle. Dadurch kommen die in die entgegengesetzte Richtung fahrenden Fahrzeuge in große Schwierigkeiten und weichen auf den danebenliegenden provisorischen Fuß- und Radweg aus.



Nach der Straßenverkehrsordnung sind die Autofahrer eigentlich angehalten die weiße durchgehende Linie nicht zu überfahren. Tun sie es, was bei einem Stau vor der Lichtzeichenanlage notgedrungen immer der Fall ist, so begehen sie eine Ordnungswidrigkeit. Dazu werden Radfahrer und Fußgänger extrem gefährdet.



Claudia Heinrich  
- Fraktionsvorsitzende -

16



01.10.2018

Herr Harry Grunenberg  
Bezirksbürgermeister  
im Stadtbezirk Bothfeld-Vahrenheide  
über den Fachbereich Zentrale Dienste  
Abt. f. Rats- und Bezirksratsangelegenheiten  
18.62.03

**Abstimmungsergebnis:**  
\_\_\_\_\_ Einstimmig  
6 Ja-Stimmen  
6 Nein-Stimmen  
4 Enthaltungen

**Änderungsantrag**

gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zur Haushaltssatzung 2019/2020 (DS 1297/2018) in die nächste Sitzung des Stadtbezirksrates Bothfeld-Vahrenheide vom 24.10.2018

**Aufhebung der Straßenausbaubeitragsatzung**

Ergebnishaushalt  
Teilhaushalt 66  
Produkt 54101

**Der Bezirksrat möge beschließen:**

Der Stadtbezirksrat Bothfeld-Vahrenheide fordert die Verwaltung auf, die Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 NKAG für straßenbauliche Maßnahmen in der Landeshauptstadt Hannover (Straßenausbaubeitragsatzung) vom 19.03.1992, geändert durch Satzung vom 21.03.2002, aufzuheben.

**Begründung:**

Der Ausbau sowie die Erneuerung von Straßen, die der Gemeinschaft dienen, sind Aufgaben der Allgemeinheit, weil alle Bürger von einem gut ausgebauten Straßennetz profitierten. Die Straßenausbaubeitragsatzung sorgt seit Jahren für einen immensen Verwaltungsaufwand, führt zu relativ geringen Einnahmen (bezogen auf das Gesamtvolumen des städtischen Haushalts) und belastet im Gegenzug einzelne Bürger unverhältnismäßig hoch. Die Bürgerinnen und Bürger sollen durch das jetzt geplante Sonderprogramm für Straßenerneuerung – Grunderneuerung im Bestand - für jahrzehntelange Versäumnisse der Stadt in einem noch nie dagewesenen Umfang mit zum Teil über 50 % an den Kosten beteiligt werden.

Jutta Barth  
Fraktionsvorsitzende

i7

33

2. Hd Claudia



**CDU** BEZIRKSRATSFRAKTION  
Bothfeld - Vahrenheide

01.10.2018

Herr Harry Grunenberg  
Bezirksbürgermeister  
im Stadtbezirk Bothfeld-Vahrenheide  
über den Fachbereich Zentrale Dienste  
Abt. f. Rats- und Bezirksratsangelegenheiten  
18.62.03

**Abstimmungsergebnis:**  
\_\_\_\_\_ Einstimmig  
10 Ja-Stimmen  
4 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen

**Änderungsantrag**

gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zur Haushaltssatzung 2019/2020 (DS 1297/2018) in die nächste Sitzung des Stadtbezirksrates Bothfeld-Vahrenheide vom 24.10.2018

**Aufhebung der Straßenausbaubeitragssatzung**

Ergebnishaushalt  
Teilhaushalt 66  
Produkt 54101

normal 1,5 - 2 Mill.  
dunkel für 3 = 3 Mill.

**Der Bezirksrat möge beschließen:**

Der Stadtbezirksrat Bothfeld-Vahrenheide fordert die Verwaltung auf, die Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 6 NKAG für straßenbauliche Maßnahmen in der Landeshauptstadt Hannover (Straßenausbaubeitragssatzung) vom 19.03.1992, geändert durch Satzung vom 21.03.2002,

*mit der Maßgabe aufzunehmen, dass eine entsprechende Kompensation der Einnahmen gewährleistet wird z. Bsp. durch Grundsteuer, Bürgerbeiträge oder Weltbürgerbeiträge.*

**Begründung:**

Der Ausbau sowie die Erneuerung von Straßen, die der Gemeinschaft dienen, sind Ausgaben der Allgemeinheit, weil alle Bürger von einem gut ausgebauten Straßennetz profitierten. Die Straßenausbaubeitragssatzung sorgt seit Jahren für einen immensen Verwaltungsaufwand, führt zu relativ geringen Einnahmen (bezogen auf das Gesamtvolumen des städtischen Haushalts) und belastet im Gegenzug einzelne Bürger unverhältnismäßig hoch. Die Bürgerinnen und Bürger sollen durch das jetzt geplante Sonderprogramm für Straßenerneuerung – Grunderneuerung im Bestand - für jahrzehntelange Versäumnisse der Stadt in einem noch nie dagewesenen Umfang mit zum Teil über 50 % an den Kosten beteiligt werden.

Jutta Barth  
Fraktionsvorsitzende

Fraktion der Christlich Demokratischen Union im Bezirksrat der Landeshauptstadt Hannover

Vorsitzende: Jutta Barth Tel.: (0172) 511 85 26 E-Mail: jbarth.steuerberatung@outlook.de  
Adresse: Lindentallee 22 30657 Hannover